

Wo stehen wir in der Programmdiskussion?

I. Die Programmdebatte im Kreisverband Lausitz

Parteiprogramme dienen der Selbstverständigung und der Veröffentlichung eigener politischer Ziele. Deshalb haben wir schon längere Zeit auf ein neues Programm gewartet.

Sein Entwurf erschien im Frühjahr und wir machten uns an seine Analyse und Bewertung, luden gute Referenten (1) ein, nutzten Versammlungen und auch unsere linken Zeitungen dafür. Alle Genossinnen und Genossen waren gebeten, ihre Standpunkte dem Kreisvorstand bzw. der Kreis-Programmkommission mitzuteilen, die dafür im Juni gebildet wurde.

Hier sind die Ergebnisse aus unserem Kreisverband aufgelistet:
Überwiegend wird dem Programmentwurf zugestimmt.

Begrüßt werden besonders:

- die sozialistische Orientierung als das Ziel und als Weg und Wertesystem.
- Gelobt wird die treffsichere Sprache der Präambel und bei der Kritik des Kapitalismus.
- Viele von uns wünschten sich, dass redaktionell ein kürzeres, motivierenderes Programm daraus gemacht wird.
- Die antifaschistische und antimilitaristische Orientierung soll im Programm weiter nach vorn rücken und es wird ein generelles Waffenexportverbot sowie ein klares Nein zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr gefordert.
- Statt der verlogenen Selbstbezeichnung „Nationalsozialismus“ ist von „Faschismus“ zu sprechen.
- Vermisst werden teilweise genauere Beschreibungen, wie die als richtig erkannten Ziele des Programmentwurfes erreicht werden können. Dazu bedarf es besonders der noch besseren Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit. Die Rolle der LINKEN hierbei ist zu beschreiben, sowie Wege zu unserer größeren öffentlichen Wirksamkeit und unserer Bündnisfähigkeit zu nennen.
- Das vom Programmentwurf gezeichnete DDR-Bild stößt wegen seiner Unausgewogenheit von wenig Positivem und mehr negativen Aussagen auf viel Kritik. Die äußeren Bedingungen der DDR-Existenz werden dabei nach verbreiteter Meinung ausgeblendet.
- Ein paar Ergänzungen scheinen erforderlich. Die Sicht auf die Kultur wirkt oberflächlich auf ihren materiellen Nutzen gerichtet („Wissengesellschaft“), sie formuliert aber kein Menschenbild in seiner Widersprüchlichkeit und sagt nichts zur Ästhetik sowie der Förderung der Kunst. Beim Thema Gesundheit sind die Krankheitsverhütung und unsere Forderungen an den Öffentlichen Gesundheitsdienstes zu nennen.
- Internationale Gemeinsamkeiten linker Politik sollten sich im Programm wiederfinden und andere linke Parteien sollten in die Diskussion um Strategien während der Programmdiskussion einbezogen werden.
- Bei der Arbeit am Programm soll die Alltagsarbeit nicht vernachlässigt werden, wozu ausdrücklich Unterstützung angeboten wird.
- Die Dauer der Gültigkeit eines neuen Parteiprogrammes wird sich im politischen Prozess entscheiden, gerechnet wird mit fünf bis zehn Jahren.

¹) Es gilt immer auch die weibliche Sprachform.

II. Der Programmkonvent in Hannover

A. Plenardebatte

Mit diesen Vorinformationen rollte mein Zug am Sonntag, dem 07. November gen Hannover und traf sogar pünktlich ein. Über 600 Genossinnen und Genossen aus der Bundesrepublik waren zum gleichen Ziel geströmt. Die Organisation war trotz dieser anfangs unerwartet großen Teilnehmerzahl perfekt.

Den Auftakt bildete eine Plenarveranstaltung mit einem Grußwort von Diether Dehm als Landesvorsitzender in Niedersachsen. Er betonte, dass der Programmentwurf von der heterogenen Programmkommission einstimmig vorgelegt wurde. Caren Lay appellierte an die Diskussionskultur des Konventes – und das fand auch Gehör. Dann folgten die Reden von Gesine Löttsch und Klaus Ernst.

Gesine Löttsch konstatierte eine große Zustimmung zur Masse der Programmpunkte und nannte die noch fünf bis 10 Prozent in der Diskussion stehenden Fragen lösbar. Das Programm soll weniger Theorie als praktische Antworten bieten, durch Straffung handhabbarer werden und der Selbstverständigung ebenso dienen, wie in die Gesellschaft verändernd hineinwirken. Die Menschen wollen angstfrei leben, aber Angst ist eine Triebkraft dieser Gesellschaft. Die Menschen wünschen deshalb klare Regeln, wogegen das Großkapital gegenwärtig permanent verstößt. Wir wollen bessere und klare Normen und müssen den Menschen die Furcht vor Anarchie und Chaos in einer notwendigen geordneten Transformationsphase nehmen. Mit dem Programmkonvent beginnt – so Gesine Löttsch – die Phase der öffentlichen Programmdiskussion. Lasst uns zur Tat schreiten.

Klaus Ernst sprach deutlich als Gewerkschafter. Er plädierte für einen menschenwürdigen Anteil der Arbeitnehmer am Arbeitsergebnis, für ein erweitertes Streikrecht, für Mindestlöhne von 10 EURO in den nächsten Jahren und nannte Löhne, die den Staat zur Aufstockung des Lohnes oder Bezuschussung der erarbeiteten Rente zwingen sittenwidrig. Die kollektive Vorsorge des Sozialstaates ist der individuellen klar überlegen, deshalb braucht es Widerstand gegen Privatisierungen auch im Sozialbereich. Der Sozialstaat muss seine Bürger vor Übergriffen sowohl der Staatsgewalt, wie auch des Kapitals schützen. Klaus lehnte Auslandseinsätze der Bundeswehr bedingungslos ab, könnte sich aber mit einer Katastrophenhilfsorganisation (Lafontaine nennt sie Grünhelme) anfreunden.

Da bereits kurz nach dem Start über 50 schriftliche Wortmeldungen vorlagen, konnten nicht alle Redewünsche erfüllt werden. Das Präsidium führte eine Podiumsdiskussion, wählte danach quotiert und nach Landesverbänden verteilt ungefähr 20 Redner aus und musste damit die Rednerliste schließen. Deshalb konnten kaum Erwidern an Vorredner gerichtet werden – schade, aber nicht anders möglich.

In der Podiumsdiskussion wurde zuerst der Arbeitsbegriff erörtert, wobei sich Katja Kipping für seine klare, vielseitige Formulierung aussprach: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit (welch unschönes Wort für Familienleben – Dietrich Loeff), politische Arbeit und Arbeit an sich selbst. Zum gesellschaftlichen Eigentum in Schlüsselbereichen hieß es, es sei eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung, weil dazu gesagt werden müsse, wie damit umzugehen sei.

Zur Einkommensverteilung schlug Katja Kipping vor, dass die höchsten Einkünfte nicht mehr als das 40-fache der geringsten Einkommen sein sollten. Sahra Wagenknecht plädierte für mehr Bewegung, mehr Druck, mehr Mut und möchte DIE LINKE nur in Regierungsveranstaltung, wenn sie im Parlament und gesellschaftlich stark ist. Im Programm ist klarzustellen, was mit uns nicht geht. Birke Bull meinte, besser als solche „Haltelinien“ sei eine demokratische Auseinandersetzung über unser Handeln. Aber viele Redner waren für die Formulierung von Stoppzeichen und auch Oskar Lafontaine sprach in seiner Abschlussrede davon, dass alle Parteien Haltelinien haben, daher brauche sie auch DIE LINKE.

In der Plenardiskussion standen nun ca. 20 Redebeiträge mehr oder weniger nebeneinander. Man konnte die Unterschiede der Positionen zwar heraushören, aber – so auch meine persönliche Meinung – sie hindern mich nicht daran, dem Entwurf zuzustimmen. Feinheiten kann die spätere Praxis klären.

Aus Platzmangel hier nur Stichpunkte: Wolfgang Methling vermisste Aussagen zum ländlichen Raum. Christiane Reymann betonte den internationalen Aspekt, speziell die verzweifelte Lage armer Länder. Katina Schubert meinte, es gäbe nicht nur Unterdrückung im Arbeitsverhältnis, sondern unabhängig davon auch Patriarchat und Rassismus. Björn Radke wies auf zerstörerische Sanierungen nach der Wirtschaftskrise hin, die im Programm erwähnt werden sollten.

B. Foren

Ich nahm am Forum 7: „Abrüstung und kollektive Sicherheit“ teil. Teilnehmer war auch Peter Strutynski von der AG Friedensforschung der Universität Kassel. Im Forum ging es hauptsächlich um die Frage, Kampfeinsätze der Bundeswehr generell abzulehnen oder doch mindestens den Weg der Einzelfallprüfung offen zu halten. Sevim Dagdalen sprach für die erste Variante, nannte linke Politik solidarisch, wies auf das Interessen-Übergewicht der Groß- und Mittelmächte bei Militäreinsätzen hin und forderte die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der BRD, die Auflösung der NATO und eine Neugründung der EU.

Stefan Liebich wies auf humanitäre Katastrophen durch Passivität hin, wofür Osttimor und Ruanda Beispiele seien. Die UNO sei trotz ihrer Mängel besser, als die NATO, in die man auch Russland einbeziehen sollte. Die EU sei sozialer zu gestalten, eine Neugründung nutzlos.

Strutynski lehnte die Bundeswehrreform á la Guttenberg ab, wünschte eine sozialverträgliche Rüstungs- und Militärkonversion, wies die Propagandaoffensive der Bundeswehr zurück und lehnte alle Auslandseinsätze ab. Aus Afghanistan soll sofort abgezogen werden.

Die meisten Teilnehmer sprachen sich für klare friedenspolitische Positionen aus und fanden damit – wie auch im Plenum - erkennbar mehr Beifall. Besonders wurden die Beseitigung von Kriegsursachen und Anstrengungen zur kollektiven Sicherheit gefordert, die sich nur zivil erreichen lässt. Ich selbst habe auf die Exportüberschüsse der BRD hingewiesen, die andere Länder in die Verschuldung treiben und Spannungen erzeugen. Obwohl auch ich Militäreinsätze ablehne, schlage ich, wenn Einzelfallprüfungen dennoch gefordert werden vor, nach den wirtschaftlichen Vorgängen zu fragen: Finanzbewegungen, Aktienkursen, Waffenverkäufen in Richtung des Krisengebietes. Parlamentsanträge ohne solche Hintergrundinformationen sind als unzureichend begründet abzulehnen.

Außerdem kann es keine Waffengemeinschaft mit Völkerrechtsbrechern geben. Wer aus behaupteter Verantwortung für die Menschenrechte Truppen entsendet, muss Kriegsflüchtlinge großzügig in seinem Lande aufnehmen. (Ich weiß wohl, dass meine Bedingungen auf eine de facto-Ablehnung aller Kampfeinsätze hinauslaufen. Genau das ist beabsichtigt.)

C. Abschlussplenum

Hier sprachen Lothar Bisky und Oskar Lafontaine. Lothar Bisky erinnerte daran, dass im Realsozialismus das gesellschaftliche Eigentum nicht wirklich innerlich angeeignet war. Der Antikapitalismus unseres Programmentwurfes wird breit akzeptiert, wofür wir sind, sollte noch deutlicher werden und den Produktionsaspekt des Sozialismus verdeutlichen. Akkumulation und Wachstum werden noch vergöttert, es geht aber um das gute, kulturvolle Leben. „Freiheit ist verfügbare Zeit.“ (Marx). Jagd nach Rendite macht unfrei. Unsere Programmdebatte ist eine Wertedebatte und ein neuer Arbeitsbegriff des Schweißes wert.

Oskar Lafontaine redete gewohnt temperamentvoll und unter viel Beifall. Er dankte ausdrücklich für die kritische Debatte. SPD und Grüne sind nicht unsere Hauptfeinde, aber Konkurrenten, mit deren Programmen wir uns kritisch beschäftigen. Wer – wie die Grünen – die Eigentumsfrage nicht stellt, die eine Systemfrage ist, kann die ökologische Frage nicht lösen, sondern bietet nur ein Placebo. Gemeineigentum würde – das sei erwiesen – ökologisch verantwortlicher genutzt, als Privateigentum. Eigentum entsteht laut Bürgerlichem Gesetzbuch durch Arbeit. Daher will die sozialistische Bewegung nicht enteignen, sondern die Enteignung der Arbeitnehmer rückgängig machen. „Demokratischer Sozialismus ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung“ (Rosa Luxemburg). Wir haben die Gesellschaft schon bisher verändert – weiter so!

Dazu brauchen wir auch eine andere Protestkultur, einschließlich politischer Streiks. Militärinterventionen sind stets abzulehnen, die NATO zu einem kollektiven Sicherheitsbündnis zu transformieren und ein Korps für zivile Hilfeleistungen aufzustellen. Friedlich kann man mit weniger Geld mehr Menschen retten, als durch Krieg. Wir müssen Vertrauen aufbauen, Fremdwörter in unserer Sprache meiden und das Wort „Liebe“ fehlt im Programmentwurf ganz. Der Beifall war lang.

III. Wie weiter?

Unsere erste Aufgabe ist es, uns den Ideenreichtum der bisherigen Programmdebatte anzueignen. Die Reden von Gesine Löttsch, Klaus Ernst und Lothar Bisky sind schriftlich über die Website unseres Parteivorstandes zu finden, die Rede Oskar Lafontaines ist als Video aufgezeichnet. Dazu sind im ND Beiträge über offene Fragen der Linken erschienen, die dort zu bestellen sind, im Internet stehen und bei unserer Schatzmeisterin in einigen Exemplaren gedruckt vorliegen. Gern möchte ich auch auf Versammlungen unserer Basisorganisationen und Arbeitsgruppen über den Konvent berichten und diskutieren.

Link auf die Bundesseite: <http://die-linke.de/programm/programmkonvent/>
(die Reden können auch ausgedruckt in den Geschäftsstellen abgeholt werden)

Noch wichtiger ist es aber, mit unserer Programmdebatte in die Öffentlichkeit zu gehen. Das kann innerhalb unserer Gesundheitskampagne, bei Widerstandsaktionen gegen den Sozialabbau. Entsprechendes Material sollte an jedem Infostand bereitliegen und wer von uns einen Infostand der Gewerkschaften oder anderer Organisationen besucht, kann den Standbetreibern auch ruhig unser Material schenken. Nützliche Gespräche können im Bekannten- und Verwandtenkreis geschehen und sind an keine Form gebunden.

Sicher werden wir auch auf Desinteresse und Ablehnung stoßen, wozu die sture, Resignation erzeugende Regierungspolitik nicht wenig beiträgt. Aber wenn es uns gelingt, klarzumachen, dass Veränderungen nicht nur nötig, sondern auch möglich sind, kann unsere Mühe sich lohnen.

IV. Zitate

Caren Lay zur unerwartet großen Teilnehmerzahl:

„Fulminantes aber großartiges Interesse.“

Gesine Löttsch:

„Jetzt ist aber schon klar: DIE LINKE ist und bleibt auf jeden Fall eine 100-Prozent solidarische Partei, eine 100-Prozent Gerechtigkeitspartei und eine 100-Prozent Friedenspartei!“

„Und wir wissen alle, dass wir mit dem Wissen unserer Parteimitglieder ganze Enzyklopädien füllen und sogar Wikipedia übertreffen könnten, doch wir müssen nicht alles aufschreiben, was wir wissen.“

„Das Wort „einleuchtend“ ist treffend, weil es einen notwendigen Erkenntnisprozess beschreibt. Die Menschen lesen unser Programm und finden es einleuchtend, weil sie unsere Analyse und unser Forderungen mit ihren Erfahrungen verbinden können. Wenn die Leser diese Erleuchtung nicht haben, dann müssen wir unser Programm korrigieren.“

„Wer unser Programm liest, atmet Freiheit.“

„DIE LINKE zeigt auf, dass die Gesellschaft, in der wir leben, täglich Angst produziert. Diese Angstproduktion ist ein Lebenselixier dieser Gesellschaft, in der wir gezwungen sind, zu leben. Augenscheinlich ist Angst notwendig, um den Kapitalismus am Laufen zu halten.“

Klaus Ernst:

„Und bei dieser Form des Geldheckens, Geld durch Geld – wird eine wichtige Regel der Ökonomie missachtet. Das ist die VNKN-Regel. Die VNKN-Regel ist ganz einfach: Von nichts kommt nichts.“

„Die Eigentumsfrage ist auch eine Frage der Demokratie Es gilt ... auch umgekehrt der Satz: die Demokratiefrage ist eine Eigentumsfrage.“

Stefan Hartmann:

„Wie wir miteinander gut umgehen – daran kann uns niemand hindern.“

Christiane Reymann:

„Die modernen Sklavenhändler sitzen an der Börse!“

Lothar Bisky:

„Wir wollen doch nicht einen Fensterplatz für alle auf der Titanic.“